

# Sparda-Bank Berlin eG Geschäftsjahr 2022

**Sparda-Bank**

**Berlin**

# Inhalt

- 03 – Lagebericht**
- 15 – Bericht des Aufsichtsrats**
- 16 – Jahresbilanz**
- 18 – Gewinn- und Verlustrechnung**
- 19 – Anhang**
- 27 – Anlage**
- 28 – Bestätigungsvermerk**

# Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022 der Sparda-Bank Berlin eG

## 1 Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die Sparda-Bank Berlin eG wurde am 22.05.1990 in Berlin gegründet. Sie ist ein Kreditinstitut im Sinne des Kreditwesengesetzes in Form einer eingetragenen Genossenschaft. Der Geschäftsbetrieb umfasst Bankgeschäfte und Finanzdienstleistungen nach § 32 KWG.

Für uns als Genossenschaftsbank steht die Förderung unserer Mitglieder im Vordergrund.

Das Kerngeschäftsgebiet erstreckt sich über die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. In 59 Standorten und 18 Selbstbedienungsstellen sowie in umfangreichen direkten telefonischen und digitalen Kommunikationswegen haben wir den Anspruch an ein ganzheitliches Privatkunden-Banking für, mit und von Menschen. Unsere Bank hat den Fokus insbesondere darauf gelegt, den Kundinnen und Kunden ein attraktives Angebot rund um das Girokonto zu bieten.

Die Organe unserer Bank sind die Vertreterversammlung (208 Vertreter), der Aufsichtsrat (zwölf Mitglieder, davon vier Arbeitnehmervertreter) und der Vorstand (drei Vorstandsmitglieder).

## 2 Wirtschaftliche Entwicklungen

### 2.1 Konjunktur in Deutschland

#### Schwächeres Wachstum und höhere Inflation

Die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands wurde 2022 spürbar durch die Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine belastet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt stieg gegenüber dem Vorjahr um 1,8 %. Die Wirtschaftsleistung nahm damit deutlich schwächer zu als 2021 (+2,6 %), trotz der auch 2022 noch andauernden Erholung vom Coronakrisenjahr 2020. Die allgemeine Teuerung zog kriegsbedingt weiter an. Die Inflationsrate war mit 6,9 % so hoch wie seit über 50 Jahren nicht mehr.

Die Inflationsrate, gemessen am Verbraucherpreisindex, lag weit über ihrem Vorjahreswert von 3,1 %. Maßgeblich für die enorme Teuerung waren die Energie- und Nahrungsmittelpreise, die im Zuge des Ukraine-Krieges sowie der andauernden Lieferengpässe um außerordentliche 29,7 % und 13,4 % stiegen. Die Gesamtteuerung wäre allerdings noch höher ausgefallen, wenn der Staat nicht durch Entlastungsmaßnahmen gegengesteuert hätte.

#### Konjunktur trübte sich zunehmend ein

Zu Jahresbeginn hatte die Wirtschaftsleistung noch kräftig expandiert, befördert insbesondere durch die voranschreitende Erholung der kontaktintensiven Dienstleistungsbereiche vom pandemiebedingten Einbruch 2020. Im weiteren Jahresverlauf verschlechterte sich die Konjunktur aber deutlich, was in eine Stagnation zum Jahresende mündete. Hauptgrund für die Verschlechterung waren die wirtschaftlichen Begleiterscheinungen des Ende Februar einsetzenden Ukraine-Krieges, wie nochmals steigende Energie- und Rohstoffpreise, länger bestehende Lieferkettenstörungen und enorme Unsicherheiten, nicht zuletzt im Hinblick auf die Gasversorgung. Ende August stellte Russland seine Gaslieferungen nach Deutschland vollständig ein. Gedämpft wurde die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zudem durch den bereits vor Kriegsausbruch verbreiteten Arbeitskräftemangel und die Spätfolgen der Coronapandemie.

#### Gebremster Anstieg der Konsumausgaben

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte sind, nach einem geringfügigen Zuwachs im Vorjahr (+0,4 %), im Verlauf von 2022 zunächst kräftig gestiegen. Angesichts der Rückführung von Infektionsschutzmaßnahmen wurde vor allem in den Bereichen Gastgewerbe sowie Freizeit, Unterhaltung und Kultur mehr ausgegeben. Zum Jahresende bremste dann jedoch der Höhenflug der Verbraucherpreise die Kaufkraft der Haushaltseinkommen verstärkt aus. Auf Jahressicht konnten die privaten Konsumausgaben dennoch preisbereinigt um deutliche 4,3 % zulegen und mit soliden 2,1 Prozentpunkten zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beitragen. Die Konsumausgaben des Staates sind erneut gestiegen. Befördert wurden sie u. a. durch das Nachholen verschobener medizinischer Behandlungen und die Mehrausgaben für aus der Ukraine geflüchtete Menschen. Der Zuwachs des Staatsverbrauchs fiel jedoch mit 1,2 % schwächer aus als im Vorjahr (+3,8 %), das stärker durch pandemiebedingte Sonderausgaben geprägt war.

### **Stabiler Arbeitsmarkt**

Auch am Arbeitsmarkt setzte sich die Erholung vom Krisenjahr 2020 fort. Die Zahl der amtlich registrierten Arbeitslosen ging weiter zurück. Trotz eines zeitweisen Anstiegs im Zuge der erstmaligen Erfassung ukrainischer Flüchtlinge gab die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt um etwa 200.000 auf rund 2,4 Millionen nach. Vor diesem Hintergrund sank auch die Arbeitslosenquote nochmals, von 5,7 % im Vorjahr auf 5,3 %. Die Erwerbstätigenzahl erhöhte sich 2022 um knapp 600.000 auf rund 45,6 Millionen Menschen. Sie erreichte damit einen neuen Höchststand.

## **2.2 Finanzmärkte**

### **Krieg in Europa, Inflation, Zinserhöhungen – der Dreiklang an den Finanzmärkten**

Weltweit reagierten Notenbanken auf die hohe Inflation mit Zinserhöhungen, also einer restriktiveren Geldpolitik. Während Schwellenländer ihre Leitzinsen teils schon 2021 erhöht hatten, folgten die Industriestaaten erst 2022. Die US-Notenbank Fed erhöhte ihren Leitzins erstmals im März 2022. Die Europäische Zentralbank (EZB) folgte im Juli 2022. Zuvor hatten beide Notenbanken eine stark expansive Geldpolitik mit sehr niedrigen Zinssätzen betrieben. Die Federal Funds Rate lag bei 0 % bis 0,25 %, die Hauptrefinanzierungsrate der EZB ebenfalls bei 0 %. Zum Jahresende 2022 lag der Leitzins der EZB bei 2,5 %, der der Fed bei 4,25 % bis 4,5 %.

### **USA: Fed vollzieht strammen Kurswechsel**

Die US-Notenbank Fed straffte ihren geldpolitischen Kurs 2022 deutlich und erhöhte den Leitzins um 425 Basispunkte. Parallel begann sie den Abbau ihrer Bestände an Staats- und anderen staatsähnlichen Anleihen, die sie während der Niedrigzinsphase und der Coronapandemie erworben hatte. Ab Juli verringerte die Notenbank ihre Staatsanleihebestände um monatlich 30 Mrd. Dollar, indem sie fällig werdende Anleihen nicht reinvestierte. Ab September wurden monatlich 60 Mrd. Dollar nicht mehr reinvestiert.

Die Fed begegnete mit diesem straffen Kurs auch der Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale, also wechselseitiger Erhöhungen von Löhnen und Preisen. Die Arbeitslosigkeit in den USA hatte 2022 durchgängig zwischen 3,5 % und 3,8 % gelegen, nahe der Vollbeschäftigung. Entsprechend gut konnten die Arbeitnehmer verhandeln: Das mittlere wöchentliche Gehalt stieg um 7,3 % und damit stärker als die Verbraucherpreisinflation von 6,5 %. Diese lag damit zugleich über dreimal so hoch wie das Inflationsziel der Notenbank von 2 %. Auch zum Ende des Jahres blieb der Inflationsdruck hoch. Die US-Notenbank signalisierte zum Jahresende eine Fortsetzung ihres Kurses steigender Leitzinsen.

### **Europa: EZB hadert mit Inflationsgefahren**

Zum Jahresbeginn ging die EZB trotz hoher und steigender Inflationsraten noch von einem temporären Inflationssturz aus. In mehreren Schritten beendete sie zuerst ihre Anleihekaufprogramme, die eingeführt worden waren, um die bestehende stark expansive Geldpolitik noch zu verstärken. Im Februar endeten die Zukäufe des pandemiebedingten Anleihekaufprogramms (PEPP) und im Juli die des schon 2014 gestarteten Anleihekaufprogramms (APP). Die Leitzinsen blieben daher zunächst noch extrem niedrig. Parallel stieg die Verbraucherpreisinflation im Euroraum im ersten Halbjahr von 5 % auf 8,6 %. Beginnend mit dem 27.07.2022 erhöhte die EZB dann auch ihren Leitzins erstmals seit dem Jahr 2011. In fünf Monaten stieg er um 250 Basispunkte auf 2,5 %. Zum Jahresende kündigten EZB-Präsidiumsmitglieder weitere Zinsschritte für das Jahr 2023 an, um die Inflation auf den Zielwert von 2 % zurückzuführen.

### **Anleiherenditen im Aufwärtsgang**

Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe war am 04.03.2022 zum letzten Mal negativ, bei -0,10 %. Bis zum 20.06.2022 erhöhte sie sich aufgrund steigender Inflationserwartungen und der Zinserhöhungen der Notenbanken auf 1,75 %. Die Anstiege anderer Staatsanleihen verliefen ähnlich. Im Sommer beruhigten sich die Renditen vorerst und fielen, erneut am Beispiel der zehnjährigen deutschen Anleihe, auf 0,76 % am 01.08.2022 zurück. Die Anleger reagierten in dieser Zeit auf die stark negativen Konjunkturprognosen des Sommers, die etwa für Europa eine Gasmangellage mit Energierationierung prognostizierten. Zugleich herrschte auch hinsichtlich der Zins- und Inflationspfade noch größere Unsicherheit, die auch die Bepreisung und Verzinsung von Anleihen erschwerte.

Ab Mitte August setzte dann jedoch ein erneuter Aufwärtstrend ein, der von den nun parallelen Zinserhöhungen der großen westlichen Notenbanken geprägt war. Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe stieg auf 2,56 % zum Jahresende. Damit lag die Rendite 274 Basispunkte höher als zu Jahresanfang. Die Rendite der zehnjährigen US-Bundesanleihe stieg 2022 von 1,50 % auf 3,83 %, also um 233 Basispunkte. Neben den Renditen stieg auch die Volatilität an den Anleihemärkten, die insbesondere in der zweiten Jahreshälfte sehr stark auf makroökonomische Daten und die Ankündigungen sowie die Kommunikation der Notenbanken Fed und EZB reagierten.

### **Euro fällt zeitweise unter Parität, kann sich aber stabilisieren**

Die europäische Gemeinschaftswährung schwächte sich im Jahresverlauf – ausgehend von einem Kurs zum Jahresauftakt von 1,14 Dollar – gegenüber dem Dollar deutlich ab. Insbesondere in den ersten drei Quartalen 2022 wirkten sich die schnelleren Zinserhöhungen der Fed und die erwarteten schweren konjunkturellen Folgen der Energiekrise für Europa durch Russlands Angriffskrieg negativ auf

den Wechselkurs des Euro aus. Im 4. Quartal konnte sich der Euro dann jedoch wieder etwas erholen. In diesem Zeitraum nahmen die Schätzungen für die weiteren Zins-schritte der Fed leicht ab, während die für den Euroraum stiegen. Die Gemeinschaftswährung beendete das Jahr 2022 mit einem Gegenwert von 1,07 Dollar, immer noch ein Rückgang von 6,1 % zum Vorjahresendwert.

### DAX schließt mit moderaten Verlusten

Der DAX begann das Jahr mit leichten Verlusten, die sich nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine schnell ausweiteten. Nach noch 15.884,86 Punkten zum Jahresauftakt fiel der Deutsche Leitindex bis zum 08.03.2022 auf einen zwischenzeitlichen Tiefstand von 12.831,51 Punkten. Zwar konnten die starken Verluste wieder ausgeglichen werden, die Abwärtsbewegung hielt aber an. Am 29.09.2022 erreichte der DAX seinen Jahrestiefstand mit 11.975,55 Punkten, ein Rückgang um 24,6 % zum Stand vom Jahresanfang. Dahinter standen die mit dem Krieg verbundenen Preisanstiege bei Rohstoffen und insbesondere Energie, also Erdöl und -gas. Zudem verteuerte die zunehmend weniger expansive Geldpolitik die Refinanzierung der Unternehmen und senkte die Wachstumserwartungen für das laufende und die kommenden Jahre. Der ungewöhnlich warme Winter des 4. Quartals 2022 entschärfte diese Negativszenarien der Konjunktur und Energieversorgung. Der DAX konnte sich daher zum Jahresende auf 13.923,59 Punkte erholen, ein Anstieg um 16,3 % zum Tiefstand im September. Auf das Gesamtjahr gerechnet, verlor der DAX allerdings 12,3 %.

## 3 Geschäftliche Entwicklung der Sparda-Bank Berlin eG

### 3.1 Wesentliche Bilanzgrößen

Die Bilanzsumme unserer Bank erhöhte sich im Geschäftsjahr um 6,7 % auf 7 Mrd. EUR.

Bilanz	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Bilanzsumme	7.038.045	6.598.182	439.863	6,7

Damit konnten wir erstmals eine Bilanzsumme über 7 Mrd. EUR verzeichnen. Der Anstieg resultierte im Wesentlichen aus dem organischen Wachstum unseres Kundengeschäfts.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Kundenforderungen	2.278.608	2.337.251	-58.643	-2,5
Forderungen an Kreditinstitute	1.131.048	1.068.729	62.319	5,8
Wertpapiere	3.461.824	2.979.527	482.297	16,2

Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich im Geschäftsjahr um 5,8 %. Hintergrund dieser Veränderung sind die im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Kundeneinlagen, die als Liquidität bei der genossenschaftlichen Zentralbank verwahrt werden. Der Wertpapierbestand erhöhte sich um 16,2 %. Trotz des auch im Geschäftsjahr 2022 lang anhaltenden negativen Zinsniveaus konnte Liquidität in neuen Wertpapieren, insbesondere in Wertpapieren der genossenschaftlichen Zentralbank, angelegt werden.

Den Schwerpunkt der Wertpapieranlagen bildeten unverändert Anlageklassen bester Bonität. Dies waren überwiegend Pfandbriefe und Covered Bonds von Emittenten mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland sowie Ländern der Europäischen Union. Um potenzielle Risiken aus Bonitätsveränderungen von Emittenten weiter zu reduzieren, wurden Risikokonzentrationen durch eine breite Diversifikation über Länder und Emittenten vermieden. Vorhandene Wertminderungen waren vorübergehender Natur und werden spätestens bei Fälligkeit der Wertpapiere ausgeglichen.

Wertpapiere mit einem Volumen von 3,5 Mrd. EUR wurden dem Anlagevermögen zugeordnet. Im Wertpapierbestand unserer Bank gab es im Jahr 2022 keine Zahlungsstörungen.

Die Geschäftsentwicklung im aktiven Privatkundengeschäft verlief im Jahr 2022 leicht abschmelzend. Die Kundenforderungen verringerten sich um 2,5 %. Dies entspricht unserer seit 2020 restriktiveren Kreditvergabepolitik. Die Neuzusagen für Baufinanzierungen einschließlich Prolongationen lagen in 2022 bei 180,9 Mio. EUR (Vorjahr 263,1 Mio. EUR). Das Konsumentenkreditgeschäft wurde fast komplett über unseren Kooperationspartner Teambank AG (easyCredit) abgewickelt. Die Zusagen für eigene Konsumentenkredite beliefen sich auf 1,8 Mio. EUR (Vorjahr 5,7 Mio. EUR).

Die Verbindlichkeiten gegenüber unseren Kunden erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 5,1 % auf 6,3 Mrd. EUR. In den Spareinlagen unserer Kunden verzeichneten wir einen Anstieg um 30,5 Mio. EUR bzw. 2,3 %. Die anderen Einlagen steigerten sich in diesem Jahr um 275,2 Mio. EUR bzw. 5,9 %. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich um 2,9 %.

Passivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Spareinlagen	1.360.964	1.330.457	30.507	2,3
Andere Einlagen	4.902.201	4.627.042	275.159	5,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	135.881	139.984	-4.103	-2,9

### 3.2 Außerbilanzielle Geschäfte

Derivative Geschäfte mit einem Bestand von 2,59 Mrd. EUR dienten zum Bilanzstichtag der Absicherung von Zinsänderungsrisiken im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung.

Für Swaps der Aktiv-Passiv-Steuerung wurde die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung anhand der Auswirkung auf das allgemeine Zinsänderungsrisiko des gesamten Zinsbuches nachgewiesen. Unsere Bank hat die sogenannte verlustfreie Zinsbuchbewertung, unter Anwendung der barwertigen Betrachtungsweise, umgesetzt. Ein Verpflichtungsüberschuss hat sich zum Bilanzstichtag nicht ergeben.

### 3.3 Dienstleistungsgeschäfte

Im lang anhaltenden Negativzinsumfeld kam den zinsunabhängigen Erträgen eine wachsende Bedeutung zu. Daher baut unsere Bank diese Ertragskomponente seit Jahren kontinuierlich aus.

Der Provisionsertrag konnte gegenüber dem Vorjahr um 1,5 % auf 55,5 Mio. EUR gesteigert werden.

Dienstleistungsgeschäfte	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Erträge aus Zahlungsverkehr	33.101	29.093	4.008	13,8
Vermittlungserträge	22.397	25.586	-3.189	-12,5

Zu den Erträgen aus Zahlungsverkehr zählten mit 22,6 Mio. EUR Kontoführungsgebühren sowie mit 10,5 Mio. EUR sonstige Gebühren für bankindividuelle Dienstleistungen. Die Erträge aus dem Vermittlungsgeschäft stellten trotz der Reduzierung auf 22,4 Mio. EUR einen wesentlichen Teil der Provisionserträge dar.

Die Aufwendungen für Provisionen erhöhten sich leicht. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen sie um 0,5 Mio. EUR bzw. 11,5 % auf 5,1 Mio. EUR.

Trotz der im Rahmen der ansteigenden Inflation steigenden Zinsen und des gesellschaftlich prägenden Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine gelang es unserer Bank auch in diesem Jahr, das Geschäft mit den Verbundpartnern erfolgreich zu gestalten.

Bei unserem Verbundpartner Union Investment erreichten wir, bezogen auf die Kundeneinlagen, das beste Ergebnis unter den Sparda-Banken. Die volatilen und rückläufigen Börsen sowie die ansteigenden Renditen verunsicherten dennoch einige Anleger. Das geringere Absatzvolumen sowie die rückläufigen Depotbestände führten in der Folge zu einem Ertragsrückgang um 8 %.

Im Versicherungsvertrieb konnte unsere Bank erneut Platz 1 unter den Sparda-Banken belegen. Dennoch setzt sich der rückläufige Trend im Absatz der Versicherungssummen bei unserem Verbundpartner DEVK fort. Bei der Bausparkasse Schwäbisch Hall stagniert das Absatzvolumen im Vergleich zum Vorjahr auf einem ambitionierten Niveau.

Das Absatzvolumen des Verbundproduktes easyCredit der Teambank reduzierte sich im Jahr 2022 um 1,5 % leicht gegenüber dem Vorjahr. Der Bestand erhöhte sich um weitere 26,2 %, in deren Folge die Bestandsprovision um 35,2 % stieg.

Insgesamt tragen die Kooperationen mit unseren Verbundpartnern zur weiteren Stärkung des Provisionsergebnisses bei.

Im Ergebnis stieg der Provisionsüberschuss um 0,6 % und erreichte mit 50,4 Mio. EUR den höchsten Stand in der Geschichte der Bank.

### 3.4 Personal- und Sozialbereich

Die Beschäftigtenzahl belief sich 2022 im Durchschnitt auf 428 Vollzeitbeschäftigte (Vorjahr 447), 293 Teilzeitbeschäftigte (Vorjahr 295) und 44 Auszubildende (Vorjahr 46). Zum Stichtag 31.12.2022 waren in unserer Bank insgesamt 767 Mitarbeitende (Vorjahr 785) beschäftigt. Die durchschnittliche Mitarbeiterkapazität (MAK) betrug 620 und ist damit im Vergleich zum Vorjahr (640) geringer.

Die Aus- und Fortbildungsaufwendungen betragen 487,9 TEUR (Vorjahr 392,5 TEUR). Diese resultierten maßgeblich aus regulatorisch erforderlichen Weiterbildungen und Zertifizierungen, der Qualifizierung der Vertriebsmitarbeitenden im Hinblick auf ihre Kredit- und Wertpapierkompetenzen sowie neue Finanzprodukte, Maßnahmen der Führungskräfteentwicklung sowie aus finanziellen Beteiligungen an nebenberuflichen Fortbildungen und Hochschulstudiengängen im Rahmen des Talentmanagements. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Anstieg der Kosten für Aus- und Weiterbildung um 24,3 % mit den Lockerungen der Corona-Schutzmaßnahmen und den daraus resultierenden erweiterten Möglichkeiten für die Durchführung von Bildungsmaßnahmen sowie -workshops zu begründen.

## 4 Lage der Sparda-Bank Berlin eG

### 4.1 Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten unserer Bank haben sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt entwickelt:

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Zinsüberschuss	74.550	67.141	7.409	11,0
Provisionsüberschuss	50.412	50.108	304	0,6
Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand	46.674	48.546	-1.872	-3,9
b) andere Verwaltungsaufwendungen	45.071	42.991	2.080	4,8
Betriebsergebnis vor Bewertung	28.451	19.685	8.766	44,5
Bewertungsergebnis	-14.967	-11.270	-3.697	-32,8
Betriebsergebnis nach Bewertung	13.485	8.415	5.070	60,2
Steueraufwand	3.288	7.034	-3.746	-53,3
Zuführung Fonds für allgemeine Bankrisiken	8.000	0	8.000	
Jahresüberschuss	2.197	1.381	816	59,1

Der Zinsüberschuss erhöhte sich insgesamt um 11,0 % auf 74,6 Mio. EUR. Die Erhöhung begründet sich durch den Wegfall der Negativzinsen, der im Wesentlichen zu einer Ertragssteigerung sowie zu einem Aufwandsrückgang bei den Derivativen Geschäften geführt hat.

Der Provisionsüberschuss erreichte 50,4 Mio. EUR und lag mit 0,3 Mio. EUR 0,6 % über dem Ergebnis des Vorjahres – ein historischer Höchststand seit Bestehen der Bank.

Die Bruttoerträge steigerten sich somit im Vergleich zum Vorjahr um 7,7 Mio. EUR auf 125 Mio. EUR.

Die Verwaltungsaufwendungen stiegen im Vergleich zum Vorjahr nur leicht an. Dabei reduzierte sich der Personalaufwand um 3,9 %, die anderen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich um 4,8 %.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr um 8,8 Mio. EUR auf 28,5 Mio. EUR. Trotz einer Erhöhung des Bewertungsergebnisses um 3,7 Mio. EUR auf 15,0 Mio. EUR konnte das Betriebsergebnis nach Bewertung im Vergleich zum Vorjahr weiter deutlich gesteigert werden.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betragen 3,3 Mio. EUR und entfallen auf das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit. Der im Vergleich höhere Steueraufwand im Vorjahr resultierte im Wesentlichen aus der Übertragung einzelner Immobilienfonds aus dem Eigengeschäft in einen neu gegründeten Dachfonds.

Eine Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken konnte in Höhe von 8,0 Mio. EUR vorgenommen werden.

Der Jahresüberschuss des laufenden Jahres erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 Mio. EUR auf 2,2 Mio. EUR.

Die Kapitalrendite gemäß § 26 a Abs. 1 Satz 4 KWG (*Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme*) betrug zum Bilanzstichtag 0,03 %.

### 4.2 Finanz- und Liquiditätslage

Sowohl die Mindestreservebestimmungen als auch die aufsichtsrechtlichen Anforderungen der CRR (Capital Requirements Regulation) wurden im Berichtsjahr zu jeder Zeit eingehalten. Die Zahlungsfähigkeit der Bank war stets gegeben. Die vorhandenen liquiden Mittel bieten ausreichend Freiraum für die Fortführung des Bankgeschäftes im Rahmen der strategischen Planung.

Die LCR (Liquidity Coverage Ratio) betrug zum Bilanzstichtag 295 %. Im Vergleich mit anderen Banken des Sparda-Verbandes können wir eine überdurchschnittliche Liquiditätsausstattung aufweisen.

Unsere Bank ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen. Damit ist aus dem Garantieverbund für das Geschäftsjahr 2022 die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zur Höhe von 11,6 Mio. EUR verbunden.

### 4.3 Vermögenslage

Unsere Bank ist mit 415.975 Teilhabern zum Stichtag eine der mitgliederstärksten Genossenschaftsbanken Deutschlands.

Das bilanzielle Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Eigenkapital	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Gezeichnetes Kapital	271.694	260.161	11.533	4,4
Rücklagen	113.168	113.005	163	0,1

Das gezeichnete Kapital konnte durch die Steigerung der Geschäftsguthaben der Mitglieder um 4,4 % erhöht werden. Die Rücklagen stiegen leicht um 0,1 %. Darüber hinaus hält unsere Bank einen Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 64,0 Mio. EUR.

Die Eigenkapitalausstattung entspricht den gesetzlichen Anforderungen und erlaubt in den strategischen Geschäftsfeldern stetiges Wachstum.

Die Kapitalbasis der Bank konnte im Geschäftsjahr 2022 abermals gestärkt werden und erreichte den höchsten Stand seit Bestehen der Bank.

Die Gesamtkapitalquote der Bank beläuft sich auf 19,3 % (Vorjahr 19,6 %). Die harte Kernkapitalquote und die Kernkapitalquote betragen 17,2 % (Vorjahr 17,1 %). Damit wurden die aufsichtsrechtlich geforderten Mindestgrößen jederzeit erfüllt. Unter den Genossenschaftsbanken liegen wir mit unserer Kapitalausstattung über dem Branchendurchschnitt.

Eine weitere Stärkung der Eigenmittelausstattung ist weiterhin Ziel der Geschäftspolitik unserer Bank. Wir erwarten angesichts der steigenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen tendenziell konstante Entwicklungen der Gesamt- und Kernkapitalquote.

#### **4.4 Zusammenfassende Beurteilung der Lage der Bank**

Die Ertragslage der Sparda-Bank Berlin eG konnte im Jahr 2022 trotz der lang anhaltenden Belastungen des Negativzinsumfelds insgesamt verbessert werden. Der Zinsüberschuss konnte durch ordentliche Erträge im Kunden- und Eigengeschäft sowie durch den Wegfall der Negativzinsen deutlich über der ursprünglichen Planung auslaufen. Darüber hinaus trugen das starke Provisionsergebnis und der unter Plan liegende Verwaltungsaufwand zu einem im Vergleich zum Vorjahr deutlich höheren Teilbetriebsergebnis bei. Das im Vergleich zur Planung geringere Bewertungsergebnis konnte zur insgesamt verbesserten Ertragslage beitragen. Akute Risiken im Kreditgeschäft wurden durch Einzelwertberichtigungen abgedeckt. Dem allgemeinen Kreditrisiko ist durch Abzug von Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen worden. Im Anlagevermögen bestanden weiterhin Wertminderungen, die als vorübergehend eingestuft werden. Kapitalausstattung und -reserven wurden 2022 ein weiteres Mal gestärkt. Das nunmehr achte Jahr in Folge erreicht unsere Bank die höchste Kapitalausstattung seit ihrem Bestehen. Der Jahresüberschuss erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr wesentlich auf 2,2 Mio. EUR.

## **5 Erklärung zur Unternehmensführung**

### **5.1 Zielgrößen zur Frauenbeteiligung zum Ablauf des Bezugszeitraumes**

Im Jahr 2017 wurden mit einem Bezugszeitraum bis zum 30.06.2022 für den Aufsichtsrat und den Vorstand sowie für die ersten beiden Führungsebenen Zielgrößen festgelegt.

Im Aufsichtsrat betrug die Frauenquote bei einer bisherigen Zielgröße von 27 % zum Ende des abgelaufenen Bezugszeitraums 25 %. Zuletzt wurde im Juni 2022 eine Frau in das Gremium gewählt. Für die Besetzung des Vorstandes galt eine Zielgröße von 0 %. Die Zielgröße für die erste Führungsebene (F1) betrug 25 %, für die zweite Führungsebene (F2) 50 %. Zum Ende des Bezugszeitraumes belief sich der Anteil der Frauen in der ersten Führungsebene auf 20 %, in der zweiten Führungsebene auf 63 %. Entstandene Vakanzen wurden vorwiegend mit internen Talenten besetzt, die bereits für diese Position vorgesehen waren. Weiterhin führten aufgrund der relativ geringen Anzahl von Führungskräften auf der ersten Ebene bereits einzelne personelle Veränderungen zu größeren Ausschlägen bei der Quote. Zu Beginn des Geschäftsjahres 2022 fand eine strategische Konzeptionierung der Thematik Frauen in Führungspositionen statt. Daraus abgeleitete Maßnahmen werden innerhalb des neuen Bezugszeitraumes wirksam.

### **5.2 Neue Zielgrößen zur Frauenbeteiligung**

Der Vorstand hat gemäß § 9 Abs. 3 GenG für die Besetzung der ersten und zweiten Führungsebene mit Frauen neue Zielgrößen beschlossen: Auf beiden Führungsebenen wird eine Geschlechterverteilung von jeweils 50 % angestrebt. Es gilt das natürliche Zielbild der paritätischen Besetzung von Männern und Frauen, entsprechend ihrer Verteilung in der Gesellschaft. Bei einer für das Ende des Bezugszeitraums in 2022 vorhandenen Besetzung der F1-Ebene mit zehn Personen und der F2-Ebene mit 32 Personen entsprechen die obigen Zielgrößen fünf Frauen (F1) bzw. 16 Frauen (F2). Die Zielerreichungen sind maßgeblich für den Zeitraum bis einschließlich 30.06.2027.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats beschlossen gemäß § 9 Abs. 4 GenG für die Besetzung des Aufsichtsrats mit Frauen eine Zielgröße von 25 %, für die Besetzung des Vorstandes mit Frauen eine Zielgröße von 0 %. Die Zielerreichungen sind maßgeblich für den Zeitraum bis einschließlich 30.06.2027.

Bei einer Besetzung des Aufsichtsrats zum Ende des Bezugszeitraumes 2022 von zwölf Mitgliedern entspricht die obige Zielgröße drei Frauen. Für die Besetzung des Vorstandes entspricht die obige Zielgröße null Frauen.

Bei der Festlegung der Besetzung des Vorstandes wurden gesellschaftspolitische, soziale, rechtliche wie unternehmerische Argumente sorgfältig vom Aufsichtsrat abgewogen. In der Sparda-Bank Berlin ist Vielfalt in den Werten wie auch in der Gesamt- und insbesondere Personalstrategie als Ziel und Erfolgskriterium verankert. Das soll sich hinsichtlich der Geschlechterverteilung langfristig auch in einer ausgewogenen Besetzung aller Führungsebenen widerspiegeln. Um dem Rechnung zu tragen, wird im Rahmen von Besetzungsentscheidungen neben dem Bildungshintergrund, dem beruflichen Hintergrund und dem Alter auch das Geschlecht angemessen berücksichtigt. Für die Ebene des Vorstandes ist, mit Blick auf deren Größe und Struktur, Vielfalt schwerer realisierbar als bei anderen Führungsebenen. Für die Festlegung der Zielgrößen im Bezugszeitraum war daher Kontinuität bei der aktuellen Besetzung des Vorstandes und damit der Geschäftsführung der Sparda-Bank Berlin letztlich ausschlaggebend.

Zum Bilanzstichtag betrug der Anteil der Frauen in der ersten Führungsebene 27 %. In der zweiten Führungsebene betrug der Anteil 67 %. Die Frauenquote im Aufsichtsrat betrug 25 %.

---

## 6 Nichtfinanzielle Erklärung (Nachhaltigkeitsbericht)

Neben dem Lagebericht veröffentlicht unsere Bank jedes Jahr eine nichtfinanzielle Erklärung nach den Vorgaben des Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK). Die DNK-Erklärung erfüllt die gesetzliche Berichtspflicht nach dem CSR-Richtlinien-Umsetzungsgesetz (CSR-RUG). Darin wird jährlich und fortlaufend zu den Bereichen Strategie, Prozessmanagement, Umwelt und Gesellschaft berichtet.

Die gesonderte nichtfinanzielle Erklärung wird zusammen mit dem Lagebericht im Bundesanzeiger offengelegt. Darüber hinaus verlinkt die Website unserer Bank auf die öffentlich zugängliche Datenbank des DNK.

---

## 7 Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

### 7.1 Risikomanagement

Unsere Bank hat auf Grundlage der MaRisk angemessene Risikosteuerungsprozesse eingerichtet, die eine Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation der definierten wesentlichen Risiken gewährleisten. Diese Prozesse sind in die Gesamtbanksteuerung eingebunden. Grundlage der Gesamtbanksteuerung

und der Risikoneigung ist insbesondere die von der Geschäftsleitung festgelegte Kapital- und Risikostrategie der Bank.

Die Risikosteuerungsprozesse gewährleisten, dass Risikopotenziale aus den als wesentlich definierten Risiken frühzeitig erkannt werden. Hierzu wird mindestens jährlich, darüber hinaus im Bedarfsfall anlassbezogen, eine Risikoinventur durchgeführt. Die Risikoaggregation der als wesentlich definierten und in der Risikotragfähigkeit berücksichtigten Risiken erfolgt additiv. Für die im Rahmen der Risikotragfähigkeit berücksichtigten Risiken werden regelmäßig Stresstests in Form risikoartenspezifischer Sensitivitätsanalysen sowie risikoartenübergreifender Szenariobetrachtungen simuliert und deren Ergebnisse ausgewertet. Dabei werden Ertrags- und Risikokonzentrationen sowie Einflüsse aus Nachhaltigkeitsrisiken (ESG-Risikofaktoren) berücksichtigt.

Im Einklang mit aufsichtlichen Festlegungen hat unsere Bank die implementierten Risikomesssysteme validiert und sie als ganzheitlichen, risikoartenübergreifenden Impulsgeber weiterentwickelt. Der Vorstand wird turnusmäßig über die Risikosituation, induzierte Frühwarnsignale und die Ergebnisse der Stresstests informiert. Die Berichterstattung erfolgt darüber hinaus an alle steuerungsrelevanten Bereiche der Bank und den Aufsichtsrat.

Grundlage des Risikomanagements ist die Risikotragfähigkeit. Diese verfolgt das Ziel der langfristigen Sicherung der Substanz, des Schutzes der Gläubiger vor Verlusten und der Fortführung des Instituts. Die Berechnung der Risikotragfähigkeit erfolgt – in Anlehnung an richtunggebende aufsichtliche Verlautbarungen – aus barwertiger Sicht in der Ökonomischen Perspektive und aus einer periodischen, aufsichtlichen Betrachtung in der Normativen Perspektive.

Das zum Bilanzstichtag eingesetzte Risikokapital (Limitvergabe) betrug 380 Mio. EUR im Rahmen der Ökonomischen Perspektive.

Das Risikomanagement beinhaltet darüber hinaus ein Monitoring stiller Lasten und Reserven auf Wertpapiere des Depot A sowie Zinsswaps der Aktiv-Passiv-Steuerung.

### 7.2 Kreditrisiken

Die Grundlage für das Kreditgeschäft bildet die Kapital- und Risikostrategie unserer Bank. Die Kreditvergabe wird konzeptionell durch die von der parciT bereitgestellten Verfahren zur Bonitätseinschätzung (VR-Ratingverfahren) begleitet. Die Früherkennung von Kreditrisiken ist ein wesentlicher und integraler Bestandteil des Kreditgeschäfts sowie des Kreditrisikomanagements. Die Ziele sind eine rechtzeitige Risikoantizipation und die Möglichkeit,

geeignete Maßnahmen gegen drohende Verluste einleiten zu können. Für das Privatkundengeschäft werden quantitative und qualitative Prozesse zur Früherkennung von Kreditrisiken genutzt.

Die Kreditnehmer-, Größen- und Sicherheitenstrukturen des Kreditbestandes sind – vor allem aufgrund der hohen Granularität des Kundenkreditgeschäfts – als positiv einzuschätzen. Der Schwerpunkt im Kreditbestand liegt im Privatkundengeschäft. Das Kundenkreditvolumen ist zum Großteil grundpfandrechlich besichert, so dass größere nachteilige Auswirkungen auf die Risikolage unserer Bank weitestgehend ausgeschlossen werden können. Darüber hinaus limitiert die Kreditrichtlinie neue unbesicherte Kreditanteile sehr restriktiv, so dass eine zunehmende Qualitätsverbesserung des Portfolios zu beobachten war.

Die Kreditrisiken bei den Wertpapiereigenanlagen werden über Ratinginformationen sowie zusätzliche qualitative Einschätzungen gesteuert. Ferner werden Ad-hoc-Mitteilungen der Emittenten selbst sowie Studien externer Ratingagenturen hinzugezogen. Die Einschätzungen unserer Bank werden turnusmäßig aktualisiert.

Möglichen Kreditrisiken in den Wertpapieranlagen begegnet unsere Bank grundsätzlich dadurch, dass als Schwerpunkt Papiere mit einem Investmentgrade-Rating in den Bestand genommen werden. Von hoher Bedeutung sind dabei die zum Zeitpunkt des Erwerbs gegebene Liquidität der Anleihen und die Bonität der Schuldner. Zusätzlich zum Rating wird auf eine angemessene Diversifikation zwischen Emittenten einerseits und Herkunftsländern andererseits geachtet und durch ein Struktur- und Einzelnamenlimitsystem operationalisiert.

Auf Gesamtbankebene werden die unerwarteten Kreditrisiken für das Kundenkreditgeschäft in der Ökonomischen Perspektive mit einem analytischen Modell gemessen. Die Messung für die Wertpapieranlagen umfasst je nach definiertem Teilportfolio neben dem Ausfallrisiko auch Migrationsrisiken und Risiken aus Credit-Spread-Volatilitäten. Die Messung erfolgt in einem Simulationsmodell auf einem Konfidenzniveau von 99,9 %. Bei der Messung werden auch Konzentrationsrisiken berücksichtigt. In der Normativen Perspektive werden die aufsichtlich geforderten Risikobeträge (Kreditrisiko-Standardansatz) angesetzt. In adversen Szenarien (z. B. schwerer konjunktureller Abschwung) werden darüber hinaus widrige Entwicklungen wie z. B. Ratingverschlechterungen unterstellt.

### 7.3 Marktrisiken

Unsere Bank geht Marktrisiken in den Bereichen Zinsen und Volatilitäten ein. Es gibt keine direkten Investments in Fremdwährungen.

Marktrisiken für unsere Bank bestehen in den zinsabhängigen Geschäften. Dabei wird in der Steuerung des Zins-

buches zwischen der Absicherung des Kundengeschäfts sowie des sonstigen Geschäfts unterschieden. Ein Teilportfolio des Zinsbuches dient der Absicherung der im Kundengeschäft vereinnahmten Margen gegen Zinsänderungsrisiken. In einem weiteren Teil werden Marktrisiken zur Erzielung von Überrenditen eingegangen (Asset-Allokation). Die gewählte Asset-Allokation unterstützt die Vermeidung einseitiger Risikoausprägungen durch eine Diversifikation der Anlagen. Es ist sichergestellt, dass Eigengeschäfte nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregelungen getätigt werden.

Ein Handelsbuch im Sinne des Art. 4 Abs. 86 CRR unterhält unsere Bank nur im Rahmen der Bagatellgrenzen des Art. 94 CRR. Auch im Rahmen dieser Bagatellgrenzen wurden 2022 keine Umsätze getätigt.

Auf Gesamtbankebene werden die Zinsrisiken in der Ökonomischen Perspektive mit einem Value-at-Risk-Verfahren (historische Simulation) gemessen. Die wertorientierte Messung erfolgt unter Verwendung des Quantilwerts auf einem Konfidenzniveau von 99,9 %. In der Normativen Perspektive werden in adversen Szenarien die periodischen Auswirkungen von Zinsszenarien im Mittelfristplanungszeitraum simuliert.

### 7.4 Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko steuert unsere Bank durch die Strukturierung der Aktiva und Passiva sowie durch eine gemessen an der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahl ausreichende Liquiditätsvorsorge, so dass sich keine nennenswerten Abruf- und Terminrisiken ergeben.

Die Anforderungen der BaFin hinsichtlich der Liquiditätsausstattung der Kreditinstitute werden stets übererfüllt. Unsere Bank ist in die Genossenschaftliche FinanzGruppe eingebunden, so dass darüber hinaus die Liquiditätsversorgung jederzeit gewährleistet ist.

Zahlungsunfähigkeitsrisiken werden im Rahmen von turnusmäßigen Liquiditätsstresstests, einem implementierten Liquiditätsmanagement, eingerichteten Notfallplänen und der Überwachung aufsichtlicher Liquiditätskennzahlen gesteuert. Hierunter subsumiert unsere Bank auch den liquiditätsrisikoinduzierten Teil der Reputationsrisiken. Für den Liquiditätsnotfall notwendige technische und prozessuale Vorkehrungen wurden getroffen.

Unsere Bank verfügt über ein System zur verursachungsgerechten internen Verrechnung der jeweiligen Liquiditätskosten und -nutzen. Der gewählte methodische Ansatz berücksichtigt hierbei den Komplexitätsgrad der eigenen Geschäftsaktivitäten.

In der Risikotragfähigkeitsrechnung aus Ökonomischer Perspektive werden potenzielle, in einem angenommenen Risikoszenario eintretende höhere Wiedereindeckungs-

kosten (Refinanzierungskostenrisiko) als anzurechnender Risikobetrag berücksichtigt.

### 7.5 Operationelle Risiken

Neben den Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken überwacht unsere Bank auch Operationelle Risiken (u. a. IT-Risiko, Verhaltensrisiko, Compliance-Risiko, Rechtsrisiko). Auftretende und potenzielle Schäden werden in einer Schadenfalldatenbank erfasst.

In der internen Risikotragfähigkeitsrechnung werden Operationelle Risiken mittels eines Value-at-Risk-Verfahrens zur Quantifizierung des Risikobetrages berücksichtigt. Die Messung erfolgt in der Ökonomischen Perspektive unter Verwendung des Quantilwerts auf einem Konfidenzniveau von 99,9 %. In der Normativen Perspektive wird die aufsichtliche Eigenmittelanforderung aus dem Basisindikatoransatz berücksichtigt und für den Mittelfristplanungshorizont geplant.

### 7.6 Beteiligungsrisiko

Neben Beteiligungen innerhalb des genossenschaftlichen Verbunds stärkt unsere Bank die Erträge durch Beimischung von Private-Equity- und Mezzanine-Dachfonds zum Portfolio.

Die ökonomischen Risiken werden mit einem Multiplikator-Ansatz gemessen, d. h., dass sich die Risiko-Kennzahlen (VaR 99,9 %) jeder Beteiligung durch Multiplikation des aktuellen Vermögensbarwerts mit geeigneten Faktoren ableiten lassen.

In der Normativen Perspektive werden die Beteiligungsrisiken in der gleichlautenden Forderungsklasse bewertet und zusätzlich in adversen Szenarien betrachtet.

### 7.7 Immobilienfondsrisiko

Bestandteil des Portfolios unserer Bank ist ein Immobiliendachfonds. Das daraus resultierende Immobilienfondsrisiko entsteht aus einer nachteiligen Entwicklung des darunterliegenden Objektwerts und der Erträge von Immobilienfondspositionen in Bezug auf ihren aktuellen Vermögenswert.

Die durchgeführten Handlungen für Immobilienfonds zur Bestimmung eines qualitativen Risikoabschlages können in vier unterschiedliche Betrachtungsweisen unterteilt werden, die in zunehmendem Maße auf die Bestandteile der Fonds eingehen. Die Methodik beinhaltet die Analyse von historischen Immobilienzeitreihen, einen Varianz-Kovarianz-Ansatz, Analysen auf Grundlage historischer Wertentwicklungen der Fonds, eine Analyse der Wertentwicklung innerhalb des Fonds sowie eine in Abstimmung mit der Fondsgesellschaft durchgeführte Szenarioanalyse.

### 7.8 Strategisches und Geschäftsrisiko

Im Hinblick auf die geschäftspolitische Ausrichtung unserer Bank stellen vertriebliche Verfehlungen eine wesentliche Risikoart dar, in der sich auch strategische Risiken sowie Reputationsrisiken realisieren können. Unerwartet ausbleibende vertriebliche Erfolge finden in adversen Szenarien der Normativen Perspektive durch die Annahme alternativer Absatzvolumina Berücksichtigung.

Unsere Bank steuert diese Risiken durch eine eigenständige zentrale Organisationseinheit – den Bereich Vertriebssteuerung. Das Berichtswesen erfolgt turnusmäßig in den relevanten Gremien. Ertragskonzentrationen aus dem Privatkundengeschäft werden im Stresstest bzw. im adversen Szenario berücksichtigt.

### 7.9 Modellrisiken

Ausgehend von einer bankweiten Modellinventur klassifiziert unsere Bank die verwendeten Risikomodelle hinsichtlich der Kriterien Einfachheit, Transparenz und Konservativität (ETK). Auf der Grundlage von Modellannahmen und -grenzen sowie inhärenten Modellschwächen werden qualitative und quantitative Bewertungen vorgenommen. Das in der Risikotragfähigkeit berücksichtigte Modellrisiko entspricht der Summe der Einzelrisiken je relevantes Risikomodel. Der Risikobeitrag findet in der Normativen Perspektive in den zusätzlichen Eigenmittelanforderungen aus dem aufsichtlichen Überprüfungsprozess (SREP) Eingang.

### 7.10 Globale Einflussfaktoren

Unsere Bank hat in ihrem institutsspezifischen Risikouniversum drei globale Einflussfaktoren definiert. Diese bezeichnen wesentliche Risikotreiber, die in fast allen Risikoarten wirken. Neben der Risikoinventur werden diese vor allem in Szenariobetrachtungen und Parametrisierungen im Zuge von Validierungen berücksichtigt.

Die ESG-Einflüsse sind Ereignisse oder Bedingungen aus den Bereichen Umwelt, Soziales oder Unternehmensführung (ESG-Risiken), deren Eintreten tatsächlich oder potenziell negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie auf die Reputation der Bank haben kann. Die turnusmäßige Risikoinventur dient als Bestandsaufnahme der aktuellen Handlungsfelder der Bank. Auf dieser Grundlage werden Nachhaltigkeitsrisiken im Zusammenhang mit den wesentlichen Risikoarten und im Limitsystem berücksichtigt. Potenzielle Einflüsse werden im Rahmen der Risikosteuerung – u. a. im Operationellen Risiko – berücksichtigt. In Zusammenarbeit mit dem BVR nahm unsere Bank als Pilotinstitut zur Integration von Nachhaltigkeitsaspekten in die Banksteuerung teil. Dabei konnten relevante Handlungsfelder identifiziert und erste Maßnahmen umgesetzt werden.

Politische Einflüsse sind mögliche nachteilige Ereignisse für unsere Bank, die durch politische Kräfte, wie Behörden oder die Regierung, sowie Ereignisse, wie soziale Konflikte oder politische Gewalt, entstehen können. Dazu zählen neben staatlichen Eingriffen auch die EZB-Politik und veränderte Auslegungen bisheriger Regelungen oder Gesetze.

Risikokonzentrationen entstehen aus einer Häufung von Risikopositionen, die bei Eintreten von bestimmten Ereignissen oder Entwicklungen gleich oder ähnlich reagieren. Konkret ist darunter ein Klumpenrisiko zu verstehen, das sich aus einer ungünstigen Verteilung von z. B. Kunden, Volumina oder Sicherheiten in unterschiedlichen Dimensionen, z. B. Produkten oder Regionen, ergibt und sich negativ auf Erträge oder Risiken auswirkt bzw. negative Impulse verstärkt. Mit einer generell festgestellten Konzentration ist keine Wertung verbunden. Das bedeutet, dass Konzentrationen nicht per se negativ zu beurteilen sind. Vielmehr dient ihre Identifikation der Steuerung der wesentlichen Risiken der Bank.

#### 7.11 Kapitalplanung

Unsere Bank plant die Ausgestaltung der Kapitalsubstanz vor dem Hintergrund aufsichtlicher und gesetzlicher Anforderungen sowie mit Blick auf die unmittelbaren betriebswirtschaftlichen Erfordernisse als integrativen Bestandteil der Mittelfristplanung (Normative Perspektive). Dabei steht die Stärkung der Kapital- und Mitgliederbasis im Fokus. Strenge Nebenbedingungen der Mittelfristplanung sind die Einhaltung aufsichtlicher (inkl. institutsspezifischer) Kapitalanforderungen sowie eine jederzeit gegebene Risikotragfähigkeit. Die Kapital- und Risikoplanung ist im Strategie- und Planungsprozess der Bank verankert und wird turnusmäßig jährlich sowie bei gegebenem Anlass durchlaufen.

#### 7.12 Gesamtbeurteilung der Risikolage

Die Risikotragfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres 2022 gegeben. Das Verhältnis des Gesamtrisikos zum Risikodeckungspotenzial beträgt in der Ökonomischen Perspektive zum Bilanzstichtag rund 49 %. Die Gesamtkapitalquote der Säule I beträgt rund 19,3 %, bei einer Kapitalanforderung von 14,4 % (aufsichtliche Anforderung 13,0 % zuzüglich 1,4 % Managementpuffer). Somit ist die Kapital- und Risikolage als stabil zu bezeichnen.

Während des gesamten Geschäftsjahres 2022 wurden keine aufsichtsrechtlichen Kennzahlen bzw. Grenzen verletzt. Das Geschäftsjahr 2022 ist durch den russischen Angriffskrieg gekennzeichnet. Mit abrupt und in starkem Ausmaß steigenden Energiepreisen sowie Zinsen, die in Erwartung geänderter EZB-Politik zur Bekämpfung der anhaltend hohen Inflationsraten deutlich stärker als der aufsichtliche Standardtest (+200 BP) gestiegen sind, gestaltete sich das Umfeld als widrig für die Bankenlandschaft.

Dennoch ist es unserer Bank gelungen, zusätzliche Vorsorgereserven zu bilden. Ein evidentes Zinsrisikomanagement erlaubt es unserer Bank, trotz des historisch einmaligen Zinsanstiegs auf die Bildung einer Drohverlustrückstellung nach BFA 3 zu verzichten.

Vorhandene Wertminderungen bei den Wertpapieren im Anlagebestand werden von unserer Bank als vorübergehend angesehen. Die auf Wertminderung überprüften Positionen zeichnen sich durch ein sehr gutes Rating und Besicherung durch einen Deckungsstock aus.

Nach derzeitigem Planungsstand wird die Risikotragfähigkeit im Berichtszeitraum 2023 angesichts der laufenden Ertragskraft und Kapitalsubstanz der Bank gegeben sein.

---

## 8 Voraussichtliche Entwicklung mit wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die Überarbeitung der Unternehmensstrategie im Jahr 2022 erfolgte unter Würdigung der sich stetig und gleichsam dynamisch verändernden Markt- und Rahmenbedingungen und deren konkreten Einflüsse auf die künftige geschäftliche Entwicklung der Bank. Diese sind im Einzelnen nachfolgend aufgeführt.

Seit Beginn des Jahres 2022 erzeugt der Krieg in der Ukraine geopolitische Spannungen, welche die Aussichten auf die Weltwirtschaft belasten. Weltweite Sanktionen treffen Wirtschaftszweige mit mittelbarem oder unmittelbarem Bezug zu Russland. Das Geschäftsmodell der Bank mit dem Fokus auf Privatkundschaft ist in unmittelbarer Konsequenz nicht betroffen. Sowohl im Eigen- als auch im Kundengeschäft unterhält unsere Bank keine direkten Investments mit wirtschaftlichen Abhängigkeiten zu Russland, in krisenbetroffene Gebiete sowie in ukrainische oder russische Unternehmen oder in ukrainischer oder russischer Währung. Indirekte Beteiligungen über Dachfondsinvestments bestehen in sehr geringem Ausmaß.

Die Zinspolitik der Zentralbanken stellt einen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit und das Ergebnis der Bank dar. Mit den ab Mitte 2022 begonnenen und schnell aufeinanderfolgenden deutlichen Leitzinsanhebungen erfolgte ein abrupter, aber notwendiger Richtungswechsel in der Zinslandschaft.

Im Wettbewerb ist eine Rückkehr zu einer positiven und spürbaren Verzinsung im Anlagebereich festzustellen. Zugleich existiert aktuell eine stark begrenzte Verfügbarkeit entsprechender Refinanzierungsmöglichkeiten für unsere Bank. Dies belastet die Bereitstellung der kundenseitig nachgefragten Volumina und limitiert für unsere Bank wichtige Ertragspotenziale.

Eine ähnlich herausfordernde Situation stellt sich auch für das Kundenkreditgeschäft – insbesondere für Wohnimmobilienfinanzierungen – dar. Drastisch erhöhte Lebenshaltungs-, Energie- und Bau-/Kaufkosten in Kombination mit dem deutlich gestiegenen und weiter leicht steigend erwarteten Zinsniveau stellen große Risiken dar. Der bankseitigen Kreditfähigkeitsprüfung kommt damit eine noch höhere Bedeutung zu. Aufsichtlich werden die Rahmenbedingungen zum Anlass genommen, die Eigenkapitalunterlegungsanforderung für Wohnimmobilienfinanzierung massiv zu erhöhen, was belastend auf die Rentabilität dieser Bankdienstleistung wirken wird. Risikominimierend beschränkt unsere Bank daher ihr Neugeschäft auf bestimmte Finanzierungs-konstellationen und nutzt gleichzeitig die Chance, durch die Vermittlung von Finanzierungsanfragen an externe Partner die Kundenanfragen zu bedienen.

Die Bankenaufsicht erhebt für das Jahr 2023 einen anti-zyklischen Kapitalpuffer für Deutschland sowie einen Systemrisikopuffer auf mit Wohnimmobilien besicherte Risikopositionen. Die Auswirkungen der Erhöhung des antizyklischen Kapitalpuffers in Deutschland von 0 % auf 0,75 % ab dem 01.02.2023 sowie die Einführung eines Systemrisikopuffers für Wohnimmobilienfinanzierungen in Höhe von 2 % wurden analysiert und bewertet. Die zusätzlichen Kapitalpufferanforderungen können im mittelfristigen Planungshorizont jederzeit erfüllt werden.

Das deutlich und schnell gestiegene Zinsumfeld versetzt unsere Bank in die Lage, nach Jahren eines belastenden Negativzinsniveaus Chancen am Geld- und Kapitalmarkt für das Eigengeschäft zu nutzen.

Eine anhaltend risikobehaftete Situation weist das Provisionsergebnis der Bank auf. Obwohl einer unverändert konsequenten, aufwandsinduzierten Preissteuerung von Bankdienstleistungen eine signifikante Relevanz zukommt, schränken Reglementierungen und einschlägige Rechtsprechungen die Durchsetzung des Preis- und Gebührenkatalogs weiterhin ein. Zuspitzend stellt die geltende Rechtsprechung zur Anerkennung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen oder des Preis- und Gebührenkatalogs die Bankenbranche vor die Herausforderung, jedwede Änderung dieser Positionen nur durch aktive Kundenmitwirkung umsetzen zu können. Branchenweit und damit auch für die Sparda-Bank Berlin entstehen so erhebliche und finanziell aufwändige Anpassungsprozesse. Das Risiko, ob und in welchem Umfang bereits vereinnahmte Gebühren durch Kundinnen und Kunden geltend gemacht und zurückerstattet werden müssen, ist entsprechend der hauseigenen und verbandsweiten juristischen Bewertung über die Bildung von Rückstellungen umfassend berücksichtigt. Die seitens der Politik unklaren Vorgaben zu rechtssicheren, zukünftigen Anpassungen hinterlassen auch weiterhin Umsetzungsrisiken.

Einer möglichen Steigerung der Wertbeiträge aus dem Verbundgeschäft kommt zur Teilkompensation wegfallender

bzw. geschwächter Ertragspositionen daher auch weiterhin eine wesentliche Rolle zu.

Nach dem vermeintlichen Übergang der COVID-19-Pandemie in einen endemischen Zustand befindet sich das gesellschaftliche Umfeld auf dem Rückweg in vorpandemische Freiheiten. Maskenpflicht, Quarantäneauflagen und Homeofficepflicht sind mittlerweile aufgehoben. Dennoch hält unsere Bank weiterhin uneingeschränkt am hohen Niveau ortsunabhängiger Arbeitsformen fest und trägt dabei sowohl der veränderten Lebenswirklichkeit der Kundschaft als auch der Mitarbeitenden Rechnung.

Das sich fortwährend verändernde Kundenverhalten ist ein weiterer wesentlicher Faktor innerhalb der prognostizierten Rahmenbedingungen. Die digitale Transformation von Dienstleistungen in Form von Onlinefähigkeit, digitalen Kontaktwegen, aber auch automatisierten Bearbeitungsprozessen wird aus Sicht von Kundinnen und Kunden unaufhaltsam zur Basisanforderung und für Banken zum kritischen Erfolgsfaktor. Abgeleitet aus der Unternehmensstrategie fokussiert sich unsere Bank genau auf diese Kundenbedürfnisse und auf die weitreichenden Chancen der Digitalisierung. Mit hoher Priorität werden alle Aktivitäten rund um digitale Kundenerlebnisse und direkte Onlineabschlussfähigkeit vorangetrieben. Die damit verbundenen notwendigen Investitionen belasten ebenso die Aufwandsseite wie auch die Bewältigung der weiter steigenden regulatorischen Anforderungen.

Unsere Bank nutzt den pandemiebedingt gestiegenen Bedarf an mobiler Arbeit – aber auch die skizzierten veränderten Kundenbedürfnisse – als Chance, um den strategischen Schwerpunkt auf überwiegend orts- und zeitflexible Arbeit und Kundenberatung weiter voranzutreiben. Dabei wird die bisherige Abhängigkeit von spezifischen oder nur einzelnen Standorten aufgehoben und durch immer mehr technische Möglichkeiten ersetzt. Unsere Bank verzichtet so auf pauschale und flächendeckende Standortschließungen und kann dennoch Strukturkosten des Standortportfolios senken, Personalressourcen effizienter einsetzen und positiv auf die Ergebnislage wirken.

Gleichzeitig tritt unsere Bank den absehbaren Herausforderungen der demografischen Entwicklung proaktiv entgegen und fokussiert die Neugewinnung von Kundinnen und Kunden sowie Mitgliedern mit dem Ziel, eine strukturelle Verjüngung zu erreichen.

Die gesamte Ergebnisentwicklung der Bankenbranche wird durch die vorgenannten Einflussfaktoren geprägt sein. Der Fokus auf eine bewusste Kostensteuerung und Ergebnis-sicherung wird weiter maßgeblich für den wirtschaftlich nachhaltigen Erfolg der Bank bleiben.

Unter Berücksichtigung der genannten Rahmenbedingungen konzentriert sich die Unternehmensstrategie der Bank zusammenfassend auf das nachhaltige Fortbestehen des

Unternehmens und setzt dabei wirtschaftlich sowohl auf die Optimierung der Kosten als auch eine Stabilisierung der Erträge. Die Stärkung der eigenen Veränderungsfähigkeit, die Fokussierung auf die Kundenbedürfnisse, das Erkennen und Nutzen von Digitalisierungschancen sowie die Stärkung der Wahrnehmung und Bekanntheit der Marke Sparda-Bank Berlin als wichtiges Differenzierungsmerkmal sind ebenfalls in der Strategie verankert. Darüber hinaus nimmt unsere Bank ihre gesellschaftliche Verantwortung wahr und widmet sich nunmehr strategisch den UN-Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, kurz SDGs) sowie dem 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens als Chance im herausfordernden Marktumfeld.

Mit diesen strategischen Tätigkeitsschwerpunkten ist unsere Bank in der Lage, effizient, konsequent und mit einer hohen Kundenwirkung über einen Omnikanalansatz erfolgreich den künftigen Herausforderungen zu begegnen.

Unter Berücksichtigung der dargestellten Rahmenbedingungen und der geplanten Maßnahmen – sowohl im Eigen- als auch im Kundengeschäft der Bank – erwartet unsere Bank in den kommenden Geschäftsjahren ein steigendes Zinsergebnis sowie ein auf dem Niveau der Vorjahre liegendes Provisionsergebnis.

Der beschriebene voraussichtliche Geschäftsverlauf basiert auf einer Vielzahl von Prognosen. Dies sind insbesondere Annahmen zur Entwicklung von Marktpotenzialen, Rahmenbedingungen, Absatzvolumina und Margen. Die tatsächliche Geschäftsentwicklung kann daher – insbesondere vor dem Hintergrund der nicht abschließend absehbaren Entwicklungen der Pandemie und des Kriegs in der Ukraine, der signifikanten Inflationsentwicklungen in Verbindung mit dem aktuellen Agieren der EZB und ihrer Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft – von dem voraussichtlichen Geschäftsverlauf abweichen.

Berlin, 21. April 2023

Der Vorstand

# Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und fasste die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse.

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat und die Ausschüsse des Aufsichtsrats in regelmäßig stattfindenden Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie über besondere Ereignisse. Darüber hinaus stand der Aufsichtsratsvorsitzende in einem engen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand.

Im Jahr 2022 hat der Aufsichtsrat insgesamt 10 Sitzungen abgehalten. Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat bildeten die geschäftliche Entwicklung der Bank, die Zielerreichung sowie die Vertriebsergebnisse, Satzungsfragen, Kreditgeschäft, Planung und Investitionen sowie Risikobereiche und -strategie. Des Weiteren waren die zukünftigen Herausforderungen und die damit notwendigen Veränderungen Bestandteil der Beratungen.

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte einen Präsidialausschuss, einen Prüfungsausschuss, einen Investitionsausschuss und einen Risiko- und Kreditausschuss eingerichtet. Die Ausschüsse berichten in den Sitzungen des Gesamtaufwandsrats regelmäßig über ihre Tätigkeit. Der Risiko- und Kreditausschuss hat in allen vorgeschriebenen Fällen bei der Kreditvergabe mitgewirkt.

Der Prüfungsbericht des Verbands über die gesetzliche Prüfung wird ordnungsgemäß beraten, bestätigt und unterzeichnet.

Der vorliegende Jahresabschluss 2022 mit Lagebericht wurde vom Verband der Sparda-Banken e. V., Frankfurt am Main, geprüft. Über das Prüfungsergebnis wird in der Vertreterversammlung berichtet und beraten.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag des Vorstandes für die Verwendung des Jahresüberschusses sowie die DNK-Erklärung zur Nachhaltigkeit hat der Aufsichtsrat geprüft und für in Ordnung befunden. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses entspricht den Vorschriften der Satzung.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss zum 31.12.2022 festzustellen und die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen.

Für die im zurückliegenden Jahr geleistete Arbeit spricht der Aufsichtsrat dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seinen außerordentlichen Dank aus.

Berlin, 11. Mai 2023

Vorsitzender des Aufsichtsrats

Torsten Westphal

# Jahresbilanz zum 31.12.2022

Aktivseite	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
<b>1. Barreserve</b>					
a) Kassenbestand			59.475.058,40		60.495
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			23.001.104,76		31.865
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	23.001.104,76				(31.865)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			-	82.476.163,16	-
<b>2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind</b>					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			-		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-				(-)
b) Wechsel			-		-
<b>3. Forderungen an Kreditinstitute</b>					
a) täglich fällig			1.037.718.009,84		1.002.173
b) andere Forderungen			93.329.769,69	1.131.047.779,53	66.556
<b>4. Forderungen an Kunden</b>				2.278.608.346,84	2.337.251
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	1.429.218.962,05				(1.448.305)
Kommunalkredite	-				(-)
<b>5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten			-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
ab) von anderen Emittenten			-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		33.562.044,52			34.017
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	33.562.044,52				(34.017)
bb) von anderen Emittenten		2.222.075.386,43	2.255.637.430,95		1.932.660
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.202.031.838,48				(1.932.660)
c) eigene Schuldverschreibungen			-	2.255.637.430,95	-
Nennbetrag					(-)
<b>6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>				1.206.186.680,91	1.012.850
<b>6 a. Handelsbestand</b>				-	-
<b>7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften</b>					
a) Beteiligungen			11.435.642,25		11.436
darunter: an Kreditinstituten			-		(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten			-		(-)
an Wertpapierinstituten			-		(-)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			8.050,00	11.443.692,25	8
darunter: bei Kreditgenossenschaften			-		(-)
bei Finanzdienstleistungsinstituten			-		(-)
bei Wertpapierinstituten			-		(-)
<b>8. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>					
darunter: an Kreditinstituten			-		(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten			-		(-)
an Wertpapierinstituten			-		(-)
<b>9. Treuhandvermögen</b>					
darunter: Treuhandkredite			-		(-)
<b>10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch</b>					
<b>11. Immaterielle Anlagewerte</b>					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-		-
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			60.983,93		117
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-		-
d) Geleistete Anzahlungen			-	60.983,93	-
<b>12. Sachanlagen</b>				9.795.698,06	8.684
<b>13. Sonstige Vermögensgegenstände</b>				62.092.568,84	99.084
<b>14. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				511.998,98	985
<b>15. Aktive latente Steuern</b>					
<b>16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung</b>				183.500,00	1
<b>Summe der Aktiva</b>				7.038.044.843,45	6.598.182

Passivseite	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>					
a) täglich fällig			-		5
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			135.880.706,75	135.880.706,75	139.979
<b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		1.360.963.552,37			1.330.457
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		-	1.360.963.552,37		-
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		4.902.154.017,54			4.626.873
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		46.926,22	4.902.200.943,76	6.263.164.496,13	169
<b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>					
a) begebene Schuldverschreibungen			-		-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			-	-	-
darunter: Geldmarktpapiere		-			(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf		-			(-)
<b>3 a. Handelsbestand</b>				-	-
<b>4. Treuhandverbindlichkeiten</b>				-	-
darunter: Treuhandkredite		-			(-)
<b>5. Sonstige Verbindlichkeiten</b>				120.787.514,14	3.086
<b>6. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				827.200,31	873
<b>6 a. Passive latente Steuern</b>				-	-
<b>7. Rückstellungen</b>					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			7.624.576,00		7.769
b) Steuerrückstellungen			1.798.955,97		3.711
c) andere Rückstellungen			21.590.763,80	31.014.295,77	19.402
<b>8. ....</b>				-	-
<b>9. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>				35.312.181,07	35.312
<b>10. Genusrechtskapital</b>				-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig		-			(-)
<b>11. Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>				64.000.000,00	56.000
darunter: Sonderposten n. § 340 e Abs. 4 HGB		-			(-)
<b>12. Eigenkapital</b>					
a) Gezeichnetes Kapital			271.693.866,20		260.161
b) Kapitalrücklage			16.762.384,77		16.762
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		35.980.354,22			35.842
cb) andere Ergebnisrücklagen		60.425.178,19			60.400
cc)		-	96.405.532,41		-
d) Bilanzgewinn			2.196.665,90	387.058.449,28	1.381
<b>Summe der Passiva</b>				<b>7.038.044.843,45</b>	<b>6.598.182</b>
<b>1. Eventualverbindlichkeiten</b>					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			1.030.731,35		1.345
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-	1.030.731,35	-
<b>2. Andere Verpflichtungen</b>					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			194.282.622,53	194.282.622,53	209.169
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften		-			(-)

# Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2022	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
<b>1. Zinserträge aus</b>					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		57.961.558,48			59.323
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		16.083.278,72	74.044.837,20		11.134
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	1.091.694,42				(2.455)
<b>2. Zinsaufwendungen</b>			-18.960.636,90	55.084.200,30	-28.019
darunter: erhaltene negative Zinsen	1.135.283,17				(510)
<b>3. Laufende Erträge aus</b>					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			19.194.520,08		24.210
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			271.364,10		493
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			-	19.465.884,18	-
<b>4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>				-	-
<b>5. Provisionserträge</b>			55.522.360,48		54.692
<b>6. Provisionsaufwendungen</b>			-5.109.877,36	50.412.483,12	-4.584
<b>7. Nettoertrag des Handelsbestands</b>				-	-
<b>8. Sonstige betriebliche Erträge</b>				3.121.012,78	5.123
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen		3.676,52			(-)
<b>9. ....</b>				-	-
<b>10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-38.592.967,72			-39.892
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-8.081.359,37	-46.674.327,09		-8.654
darunter: für Altersversorgung	-1.002.668,96				(-1.451)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-45.070.798,30	-91.745.125,39	-42.991
<b>11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>				-3.238.287,02	-2.764
<b>12. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>				-4.648.844,61	-8.386
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-293.821,47			(-316)
<b>13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>			-8.819.401,26		-3.865
<b>14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>				-8.819.401,26	-
<b>15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>			-6.147.341,78		-7.405
<b>16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>				-6.147.341,78	-
<b>17. Aufwendungen aus Verlustübernahme</b>				-	-
<b>18. ....</b>				-	-
<b>19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</b>				13.484.580,32	8.415
<b>20. Außerordentliche Erträge</b>				-	-
<b>21. Außerordentliche Aufwendungen</b>				-	-
<b>22. Außerordentliches Ergebnis</b>				-	(-)
<b>23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>			-3.287.914,42		-7.034
<b>24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen</b>				-3.287.914,42	-
<b>24 a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>				-8.000.000,00	-
<b>25. Jahresüberschuss</b>				2.196.665,90	1.381
<b>26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr</b>				-	-
				2.196.665,90	1.381
<b>27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen</b>					
a) aus der gesetzlichen Rücklage				-	-
b) aus anderen Ergebnisrücklagen				-	-
				2.196.665,90	1.381
<b>28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen</b>					
a) in die gesetzliche Rücklage				-	-
b) in andere Ergebnisrücklagen				-	-
				2.196.665,90	1.381
<b>28 a. ....</b>				-	-
<b>29. Bilanzgewinn</b>				2.196.665,90	1.381

# Anhang

---

## A. Allgemeine Angaben

Die Sparda-Bank Berlin eG, Berlin, ist beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg unter der Genossenschaftsregister-Nummer 446 B eingetragen.

Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern. Gleichzeitig erfüllt der Jahresabschluss die Anforderungen des Genossenschaftsgesetzes (GenG) und der Satzung der Bank.

---

## B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).

### **Barreserve**

Die Barreserve wurde mit dem Nennwert angesetzt.

### **Forderungen an Kreditinstitute und Kunden**

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden wurden mit den Anschaffungskosten oder mit dem Nennwert ausgewiesen.

Die in den Forderungen an Kunden enthaltenen Bonitätsrisiken wurden durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen sowie Pauschalwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt.

Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung erfolgte auf Grundlage des IDW RS BFA 7 mittels des Expected-Loss-Ansatzes.

Zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken sind ferner Vorsorgereserven gemäß § 340 f HGB im Bestand.

**Wertpapiere**

Die Wertpapiere des Anlagevermögens wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Bei diesen Wertpapieren wurden Anschaffungskosten über pari durch anteilige Abschreibungen an den niedrigeren Einlösungskurs angepasst.

**Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften**

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften wurden zu den Anschaffungskosten bilanziert.

**Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen**

Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen nach der linearen Methode. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden entsprechend den steuerlichen Vorschriften behandelt.

**Sonstige Vermögensgegenstände**

Sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert bewertet.

Abweichend zur Darstellung in den Vorjahren wurden die täglich fälligen Forderungen und Verbindlichkeiten aus der SEPA-Verrechnung nicht mehr saldiert in der Position Forderungen an Kunden, sondern vorzeichengerecht in den Positionen Sonstige Vermögensgegenstände bzw. Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen.

**Latente Steuern**

Als Differenz zwischen steuer- und handelsrechtlicher Gewinnermittlung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde.

Aktive Steuerlatenzen bestehen in den Positionen Forderungen an Kunden, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Sonstige Vermögensgegenstände und andere Rückstellungen sowie im Fonds für allgemeine Bankrisiken. Passive Steuerlatenzen ergeben sich in der Rückstellungsposition Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

**Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung**

Vermögensgegenstände, die die Voraussetzung des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, wurden mit den Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen verrechnet. Ein nach der Saldierung verbleibender Überhang wurde in Höhe von 183.500 EUR aktiviert.

**Verbindlichkeiten**

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag.

**Rückstellungen**

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen bzw. drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der Heubeck-Richttafeln 2018 G zugrunde. Die Verpflichtungen wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren ermittelt. Bei Rückstellungen für Altersteilzeit wurde der Barwert angesetzt.

Zukünftige Rentenanpassungen werden allgemein in Höhe von 2 % bzw. mit der vertraglich garantierten Anpassung von 1 % in die Bewertungen einbezogen. Für Rückstellungen aus Altersteilzeit werden als Lohn- und Gehaltstrend 2 % angenommen.

Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis einer Prognose des Zinssatzes per Dezember 2022 (1,79 %). Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 295.032 EUR.

Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungssatzes im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen werden im Personalaufwand ausgewiesen.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet. Für arbeitgeberfinanzierte Zusagen betragen die historischen Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände 12.210.437 EUR. Diese entsprechen dem beizulegenden Zeitwert, der unter Zugrundelegung der Aktivwerte nach R 6a Abs. 23 EStR durch die Versicherungsgesellschaft ermittelt wurde. Die Vermögensgegenstände wurden in Höhe von 12.026.937 EUR mit dem Erfüllungsbetrag der Pensionen und vergleichbaren Verpflichtungen verrechnet.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen betragen 7.624.576 EUR und entfielen ausschließlich auf bereits ausgeschiedene Vorstände und Angestellte.

Aufwendungen aus den Aufzinsungen für Pensionsverpflichtungen wurden mit korrespondierenden Erträgen aus dem Deckungsvermögen in Höhe von 29.562 EUR verrechnet.

Die Bewertung und Berücksichtigung von Rückdeckungsversicherungen erfolgte erstmals unter Beachtung des IDW RH FAB 1.021 und unter Anwendung des DAV-/IVS-Ergebnisberichts des Fachausschusses Altersversorgung vom 26.04.2022. Es wurde eine kongruente Bewertung nach Maßgabe des Deckungskapitalverfahrens vorgenommen. Im Zuge der Anwendung des sogenannten Primats der Aktivseite wurden die Verpflichtungen aus Altersversorgungsleistungen im Berichtsjahr mit dem korrespondierenden Buchwert der Rückdeckungsversicherung bewertet. Als Effekt aus dieser Umstellung ergab sich die Reduzierung der Verpflichtungen um 219.142 EUR.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und für Zuschläge sowie sonstige, über den Basiszins hinausgehende Vorteile für Einlagen wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Darüber hinaus wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

#### **Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs**

Die Finanzinstrumente des Zinsbuchs werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 n. F. verlustfrei bewertet. Zur Berechnung eines etwaigen Rückstellungsbedarfes werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und die barwertigen Risiko- und Verwaltungskosten von dem positiven Überschuss abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Für die Ermittlung des Rückstellungsbedarfes wird im IDW RS BFA 3 n. F. auf die Maßgeblichkeit der internen Risikosteuerung verwiesen. Die barwertige Ermittlung der Risiko- und Verwaltungskosten erfolgte in Anlehnung an die Methodik zur Ermittlung der ökonomischen Risikotragfähigkeit. Nach dem Ergebnis der Berechnungen war zum 31.12.2022 keine Rückstellung zu bilden.

#### **Vermerke unter dem Bilanzstrich**

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit werden regelmäßig Bürgschaften übernommen. Dabei ist es erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den

Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich.

Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme endet.

Im Wesentlichen gewähren wir unseren Kunden unwiderrufliche Kreditzusagen, um ihren Finanzierungsbedürfnissen zu entsprechen. Daneben werden unwiderrufliche Kreditzusagen für die Zeichnung von Anteilen im Bereich unseres Fondsvermögens gewährt. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, die nicht durch uns widerrufen werden können. Die Kreditzusagen an Kunden werden mit dem Nominalbetrag, gekürzt um den Betrag einer im Geschäftsjahr passivierten Pauschalrückstellung, abgebildet. Die Ermittlung dieser Rückstellung erfolgte analog der Pauschalwertberichtigung für Forderungen an Kunden.

#### **Derivative Finanzinstrumente**

Derivative Finanzinstrumente dienen der Absicherung bilanzieller Posten. Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

#### **Zinserträge/Zinsaufwendungen**

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrags). Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands).

Die Zahlungsströme für Zinsswaps werden je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo wird vorzeichengerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen.

## C. Entwicklung des Anlagevermögens

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	a) b)	Abgänge Zuschüsse	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR		EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	953.104	58.254	-	a) b)	96.462 -	914.896	60.984	117.205
Sachanlagen								
Betriebs- und Ge- schäftsausstattung	39.365.700	4.533.073	-	a) b)	3.621.181 -	40.277.592	9.795.698	8.684.496
Summe a	40.318.804	4.591.327	-	a) b)	3.717.643 -	41.192.488	9.856.682	8.801.701

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschrei- bungen aufgrund Zugängen (ohne Abschreibungen Geschäftsjahr)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag
	EUR	(+) EUR	(-) EUR	(+/-) EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	835.899	-	48.047	-	66.060	-	853.912
Sachanlagen							
Betriebs- und Ge- schäftsausstattung	30.681.204	-	3.371.537	-	3.172.227	-	30.481.894
Summe a	31.517.103	-	3.419.584	-	3.238.287	-	31.335.806

	Anschaffungskosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens	3.008.341.803	443.359.895	3.451.701.698
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	11.443.692	-	11.443.692
Summe b	3.019.785.495	443.359.895	3.463.145.390
Summe a und b	3.060.104.299		3.473.002.072

## D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

### I. Bilanz

In den Forderungen an Kreditinstitute sind 1.063.495.325 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3 b) (ohne Bausparguthaben)	6.996.289	20.000.000	-	-
Forderungen an Kunden (A 4)	38.834.486	96.844.319	482.084.919	1.652.478.766

In den Forderungen an Kunden sind 8.365.857 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten. Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 591.122.707 EUR fällig.

Es werden Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) von mehr als 10 % (Bilanzposten A 6) gehalten:

Anlageziele	Buchwert	Zeitwert	Differenzen (Zeitwert/Buchwert)	Erhaltene Ausschüttungen	Tägliche Rückgabe
	EUR	EUR	EUR	EUR	Ja/Nein
Renditerwartung	971.690.979	950.409.652	-21.281.327	13.533.368	Ja
Renditerwartung	234.495.701	251.932.373	17.436.672	5.191.326	Nein

Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital		Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR	
a) DZ Beteiligungs-GmbH & Co. KG Baden-Württemberg, Stuttgart	0,2808	2021	3.209.880.365	2021	77.363.409	
b) Atruvia AG, Karlsruhe	0,0002	2021	449.044.843	2021	9.935.696	

In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	2.255.637.431	2.242.563.694	13.073.737	1.851.741.427

Zu den Finanzanlagen gehörende Finanzinstrumente, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden, bestehen in den Posten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit einem Buchwert von 1.841.917.737 EUR haben einen niedrigeren beizulegenden Zeitwert von 1.678.761.955 EUR.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere mit einem Buchwert von 971.690.979 EUR haben einen niedrigeren beizulegenden Zeitwert von 950.409.652 EUR.

In den Sachanlagen sind enthalten:

	EUR
Betriebs- und Geschäftsausstattung	9.795.698

Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Forderungen im Rahmen des Derivate-Clearings (Margin)	46.502.486
Forderungen aus Provisionen	6.904.931
Forderungen im Rahmen der SEPA-Verrechnung	6.874.637

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 135.699.370 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1 b)	12.326.140	4.327.795	22.888.934	96.337.838
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2 ab)	-	-	-	-
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2 bb)	6.798	31.851	8.277	-

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Verbindlichkeiten im Rahmen des Derivate-Clearings (Margin)	115.039.455

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Abgrenzungen für Zinsswaps von 805.918 EUR (Vorjahr 851.400 EUR) enthalten.

Angaben zum Posten Nachrangige Verbindlichkeiten:  
Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen in Höhe von 833.170 EUR an.

Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

Betrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
4.000.000	EUR	2,355	27.07.2026
5.000.000	EUR	2,345	28.07.2026
5.000.000	EUR	2,500	01.08.2028
5.000.000	EUR	2,334	03.08.2026
6.000.000	EUR	2,517	14.10.2026
10.000.000	EUR	2,290	10.08.2026

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit ist wie folgt geregelt:

Die aufgeführten Verbindlichkeiten sind im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen. Eine Umwandlung in andere Eigenkapitalformen ist nicht möglich. Die Laufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt mindestens zehn Jahre. Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Anforderungen an das Ergänzungskapital (Art. 62 ff. CRR).

Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

Geschäftsguthaben	EUR
a) der verbleibenden Mitglieder	257.317.293
b) der ausscheidenden Mitglieder	11.373.886
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	3.002.688
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	46.775

Die Ergebnismrücklagen und die Kapitalrücklage haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage	Andere Rücklagen	Kapitalrücklage
	EUR	EUR	EUR
Stand 01.01.2022	35.842.262	60.400.098	16.762.385
Einstellungen aus Bilanzgewinn des Vorjahres	138.092	25.080	-
Stand 31.12.2022	35.980.354	60.425.178	16.762.385

Der Vorstand und der Aufsichtsrat schlagen vor, den Jahresüberschuss (Bilanzgewinn) wie folgt zu verwenden:

	EUR
Ausschüttung einer Dividende auf Geschäftsguthaben von 0,750 %	1.958.849,41
Zuweisung zu den gesetzlichen Rücklagen	219.666,59
Zuweisung zu den anderen Ergebnismrücklagen	18.149,90
Insgesamt	2.196.665,90

Zum Bilanzstichtag bestanden ausschließlich Termingeschäfte (§ 36 RechKredV) als Zinsswaps.

In der nachfolgenden Tabelle sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Derivategeschäfte (exklusive Stückzinsen), die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden (Nichthandelsbestand), zusammengefasst (§ 36 RechKredV bzw. § 285 Nr. 19 HGB). Die Adressenausfallrisiken sind als risikogewichtete KSA-Position entsprechend den aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalvorschriften angegeben.

Zinsbezogene Geschäfte (Angaben in Mio. EUR)	Nominalbetrag/Restlaufzeit				Beizule- gender Zeitwert positiv	Beizule- gender Zeitwert negativ
	≤1 Jahr	>1-5 Jahre	>5 Jahre	Summe		
	OTC-Produkte					
Zinsswaps (gleiche Währung)	594,0	1.150,7	848,4	2.593,1	167,2	-41,5

Die in vorstehender Tabelle enthaltenen zinsbezogenen Geschäfte werden überwiegend zur Steuerung des Zinsbuches im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung eingesetzt.

Von dem Gesamtnominalbetrag der Zinsswaps befinden sich 2.339 Mio. EUR im zentralen Clearing bei der Eurex Clearing AG.

Zinsswaps wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet.

Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	Gesamtbetrag in EUR
1 a. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Abtretung von Forderungen bzw. Sicherheiten	125.527.981

## II. Gewinn- und Verlustrechnung

Im Zinsergebnis sind 1.091.694 EUR negative Zinsen enthalten, die im Wesentlichen auf das Guthaben der DZ Bank AG entfallen. Erhaltene negative Zinsen aus Verwahrtgelten sind mit 1.033.689 EUR in den Zinsaufwendungen enthalten. Ferner wird das Zinsergebnis mit einem Betrag von 3.577.286 EUR belastet, der aus negativen Zinsen auf Swaps resultiert.

Für Dritte erbrachte Dienstleistungen, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden für die Vermittlung von Bausparverträgen, Versicherungsverträgen, Privatkrediten und Fondsanlagen erbracht.

Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

Sonstige betriebliche Aufwendungen	EUR
Zuführung zu Rückstellungen für Rechtsrisiken	1.852.317

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen auf das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

## E. Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auf 246.778 EUR und der früheren Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen auf 710.892 EUR.

Ferner wurde von der Möglichkeit des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht, auf die Angabe gemäß § 285 Nr. 9 a HGB zu verzichten.

Für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2022 Pensionsrückstellungen in Höhe von 7.500.962 EUR. Dabei wurden Rückdeckungsversicherungen in Höhe von 4.987.314 EUR verrechnet.

Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für:

	EUR
Mitglieder des Vorstandes	1.711
Mitglieder des Aufsichtsrats	298.722

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (Garantieverbund) in Höhe von 11.630.440 EUR.

Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzuliegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Die weiteren Angaben werden mit dem Offenlegungsbericht auf unserer Website veröffentlicht.

Die Zahl der im Jahr 2022 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	428	293

Außerdem wurden durchschnittlich 44 Auszubildende beschäftigt.

Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr:

	Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen EUR
Anfang 2022	429.910	4.704.824	244.650.848
Zugang 2022	1.967	521.776	–
Abgang 2022	15.902	276.791	–
Veränderung aufgrund Anpassung der Haftsumme		–	–244.650.848
Ende 2022	415.975	4.949.809	–

Der Abgang der Haftsumme ist auf den Wegfall der satzungsgemäßen Nachschusspflicht zurückzuführen.

	EUR
Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	12.806.568
Höhe des Geschäftsanteils	52
Höhe der Haftsumme	–

Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Verband der Sparda-Banken e. V.  
Friedrich-Ebert-Anlage 35–37  
60327 Frankfurt am Main

Von den gesetzlichen Vertretern und anderen Mitarbeitern werden folgende Mandate in Aufsichtsgremien großer Kapitalgesellschaften wahrgenommen:

Gesetzlicher Vertreter / Mitarbeiter	Gremium	Kapitalgesellschaft
Frank Kohler	Aufsichtsrat	DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung Sach- und HUK-Versicherungsverein a. G. Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn
Frank Kohler	Aufsichtsrat	Hertha BSC GmbH & Co. KGaA

Mitglieder des Vorstandes:

Frank Kohler	Vorsitzender des Vorstandes
Martin Laubisch	Stellv. Vorsitzender des Vorstandes
Rolf Huxoll	Mitglied des Vorstandes

Mitglieder des Aufsichtsrats:

Torsten Westphal (Vorsitzender)	Beauftragter für Strukturstärkung Kohleregionen bei der DB AG
Sven Baunack (stellv. Vorsitzender)	Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der Sparda-Bank Berlin eG
Mirko Albrecht	Vorsitzender des Betriebsrates Vertrieb der Sparda-Bank Berlin eG
Lutz Bernhardt (bis 16.06.2022)	Pensionär
Uwe Henschel	Geschäftsstellenleiter der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)
Holger Herzog	Betriebsrat der DB Netz AG
Beate Hukauf	Angestellte der Sparda-Bank Berlin eG
Guido Menschner	Angestellter der Sparda-Bank Berlin eG
Ramona Möbius	Referentin Lifecyclemanagement Fachliche Auftragssteuerung- und Auswertung und Verfahrensbetriebsführung bei der DB Netz AG
Janina Pfeiffer (seit 16.06.2022)	Infrastrukturplanerin bei der DB Netz AG
Roland Rösner	Abteilungsleiter Finanzen bei der EVG
Mario Reiß	Geschäftsführender Vorstand und stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer
Dietmar Scheel	Vorstand der DEVK

Berlin, 21. April 2023

Sparda-Bank Berlin eG

Der Vorstand

Frank Kohler

Martin Laubisch

Rolf Huxoll

# Anlage zum Jahresabschluss

**gemäß § 26 a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2022  
(„Länderspezifische Berichterstattung“)**

Die Sparda-Bank Berlin eG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31.12.2022 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Kreditgenossenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparda-Bank Berlin eG besteht darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Geschäftskunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparda-Bank Berlin eG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 01.01.2022 bis 31.12.2022 128.084 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeit-äquivalenten zum Jahresende beträgt 617.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 13.485 TEUR.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betragen 3.288 TEUR und entfallen auf das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

Die Sparda-Bank Berlin eG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

# Bestätigungsvermerk und Zusammenfassende Schlussbemerkungen

---

## Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Sparda-Bank Berlin eG, Berlin

### Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

#### **Prüfungsurteile**

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank Berlin eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2022 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft. Im Lagebericht wird auf die Veröffentlichung des gesonderten nichtfinanziellen Berichts nach §§ 289 b bis 289 e HGB verwiesen. In Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften erstreckt sich unsere inhaltliche Prüfung nicht auf diesen gesonderten nichtfinanziellen Bericht.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen für Kredit-

genossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2022 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich auch nicht auf den Inhalt des oben genannten gesonderten nichtfinanziellen Berichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

### Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340 k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1 a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

### Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2022 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung der Kundenforderungen
2. Bewertung der Wertpapiere

Unsere Darstellung der besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

#### Bewertung der Kundenforderungen

- a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikoversorgungen, belaufen sich auf

2.279 Mio. EUR. Dies entspricht 32,4 % der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

- b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikoversorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikoversorge überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.

#### Bewertung der Wertpapiere

- a) Die Wertpapierbestände (Aktivposten 5 und 6) belaufen sich auf insgesamt 3.462 Mio. EUR. Dies entspricht 49,2 % der Bilanzsumme. Diese wurden vollständig wie Anlagevermögen bewertet. Durch die Bewertung wie Anlagevermögen wurden außerplanmäßige Abschreibungen bei voraussichtlich nicht dauernden Wertminderungen in Höhe von 184 Mio. EUR vermieden. Bei der Bewertung der Wertpapiere des Anlagevermögens liegen in einem hohen Maß Einschätzungen und Annahmen sowie Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter im Hinblick auf die Abschreibungen bei Vorliegen von nicht dauerhaften Wertminderungen zugrunde. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass wesentliche Annahmen und Parameter nicht sachgerecht berücksichtigt werden bzw. Ermessensspielräume nicht sachgerecht genutzt werden. Die im Geschäftsjahr gestiegenen Marktzinsen bewirkten in der Regel einen Rückgang

der Marktpreise der zinstragenden Wertpapiere. Es besteht ein Risiko, dass falsche Wertpapierkurse für die Ermittlung von möglichen Ab- und Zuschreibungen der Wertpapiere herangezogen werden oder Ab- und Zuschreibungsbeträge falsch ermittelt werden. Daher ist die zutreffende Bewertung der Wertpapiere angesichts ihrer Volumina für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

- b) Im Rahmen unserer Prüfung haben wir die Bestände von Wertpapieren analysiert, deren Bewertungen mit erhöhter Ermessensentscheidung behaftet sind. Anhand ausgewählter Einzelfälle haben wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Ermessensentscheidungen und genutzten Bewertungswahlrechte risikoorientiert im Hinblick auf erhöhte Bewertungsunsicherheiten nachvollzogen. Bei Verzicht auf Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert bei Wertpapieren des Anlagevermögens haben wir beurteilt, ob die Wertminderung lediglich von vorübergehender Natur ist. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir uns anhand einer Auswahl von Wertpapieren von der ordnungsgemäßen Bewertung zum Stichtag überzeugt.

Die von der Genossenschaft dabei herangezogenen Stichtagskurse haben wir für die von uns ausgewählten Wertpapiere mittels externer Quellen validiert. Daneben haben wir uns unter Berücksichtigung des bisherigen Buchwerts und der historischen Anschaffungskosten der Wertpapiere von der sachgerechten Ermittlung von Abschreibungsbeträgen unter Beachtung des gemilderten Niederstwertprinzips sowie der korrekten Ermittlung von Zuschreibungsbeträgen überzeugt.

- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Wertpapieren sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.

### Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen den folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteil des Lageberichts:

- die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289 f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote).

Die sonstigen Informationen umfassen zudem

- den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach den §§ 289 b bis 289 e HGB,
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

### Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmens-tätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit,

sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

#### **Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts**

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340 k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Genossenschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachhalts aus.

### **Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen**

#### **Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO**

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 89 Abs. 1 Satz 1 WpHG und
- Schulungs- und Seminarleistungen.

#### **Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer**

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Heiko Hunkel.

Frankfurt am Main, den 4. Mai 2023

Verband der Sparda-Banken e. V.

Heiko Hunkel

Wirtschaftsprüfer



Herausgeber:  
Sparda-Bank Berlin eG  
10884 Berlin

[www.sparda-berlin.de](http://www.sparda-berlin.de)